



Weg frei für Finanztransaktionssteuer in der Euro-Zone

Wie weiter nach der EU-Finanzministertagung?

Die Tagung der EU-Finanzminister (ECOFIN) am 13. März hat große Medienaufmerksamkeit erregt. Überraschend waren die Ergebnisse jedoch nicht. Was sich spätestens seit dem Besuch des britischen Regierungschefs Cameron in Berlin im vergangenen Dezember abgezeichnet hatte, ist jetzt amtlich: eine Finanztransaktionssteuer (FTS) in der EU-27 ist nicht möglich.

Großbritannien lehnt mit Vehemenz die Steuer ab. Und das nicht nur, weil sich der Finanzstandort London um die Profite einiger hochspekulativer Geschäftsmodelle wie den computergestützten Hochfrequenzhandel sorgt, sondern auch weil das Vereinigte Königreich jede Form einer europäischen Besteuerung als Eingriff in seine nationale Souveränität ablehnt. Im Kielwasser von London finden sich zudem Schweden, Irland, die Niederlande, Tschechien, Luxemburg, Zypern und Malta.

Koalition der Willigen jetzt möglich

Das ist aber keinesfalls das Ende der FTS. Vielmehr wird jetzt der Weg frei, die Steuer zügig mit einer „Koalition der Willigen“ einzuführen. Der europarechtliche Rahmen dafür ist die sog. **Erweiterte Zusammenarbeit**. Wenn eine Gruppe von mindestens neun Ländern sich zu einem gemeinsamen Vorhaben zusammenfinden, können sie dies im Rahmen der EU tun. Das bekannteste Beispiel dafür ist das sog. *Schengen-Abkommen* zum Einwanderungsrecht.

Die Chancen für die FTS im Rahmen der *Erweiterten Zusammenarbeit* stehen gut:

- neben Frankreich und Deutschland hatten sich schon vor der ECOFIN-Tagung Belgien, Finnland, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal und Spanien in einem Brief an die EU-Kommission für die FTS stark gemacht. Das sind nicht zufällig neun Länder, also exakt das Quorum für die Erweiterte Zusammenarbeit;
- das Europaparlament hat sich mehrfach für die FTS ausgesprochen;
- die EU-Kommission hat einen unterm Strich recht guten Gesetzentwurf vorgelegt;

- es gibt in Westeuropa – darunter sogar in Großbritannien - satte Bevölkerungsmehrheiten für die FTS;
- die Euro-Krise hat sowohl die kritische Haltung gegenüber der Finanzindustrie als auch die Notwendigkeit zusätzliches Geld aufzutreiben verstärkt.

Diplomatie und Wahltaktik

Allerdings dürfte es wohl noch bis Juni dauern, bis der Prozess dazu auch offiziell eingeleitet wird. Das hat innenpolitische (z.B. Wahlen) und europapolitische Gründe.

So spielt innenpolitisch angesichts des Widerstands der FDP gegen die FTS das Ergebnis der Landtagswahlen im Saarland, Schleswig-Holstein und NRW eine Rolle für die Entwicklung der Kräfteverhältnisse in Sachen FTS. Hier wird Mitte Mai Klarheit herrschen und die koalitionspolitisch motivierte Rücksichtnahme der CDU/CSU auf die FDP vermutlich obsolet werden.

Auch Frankreich wird erst nach Ende der Präsidentschaftswahlen Anfang Mai wieder aktiv werden, wobei sowohl Hollande wie Sarkozy eine FTS unter Einschluss anderer Länder in Europa anstreben.

Die EU-Kommission und die dänische EU-Präsidentschaft werden sich bemühen, noch Kompromisslösungen ins Gespräch zu bringen, so z.B. die FAT (Finanzaktivitätssteuer = Steuer auf Einkünfte der Beschäftigten im Finanzsektor) oder eine Börsenumsatzsteuer nach Vorbild der britischen *Stamp Duty*. Zwar werden auch diese Vorschläge angesichts der prinzipiellen Ablehnung europäischer Steuern durch London keine Chance haben, aber die Bundesregierung wird aus übergeordneten europapolitischen Erwägungen vermutlich ein definitives Nein abwarten, um nicht den Schwarzen Peter für ein Scheitern zugeschoben zu bekommen.

Junktum zwischen Fiskalpakt und FTS

SPD und Grüne haben angekündigt, ihre Zustimmung zum Fiskalpakt, für den die Bundesregierung eine 2/3 Mehrheit braucht, von einem entsprechenden Beschluss zur FTS abhängig zu machen. Die Steuereinnahmen der FTS sollen u.a. für eine Art Marshallplan für europäische Krisenländer verwendet werden. Weitere Details sind noch nicht bekannt. Das Junktum erhöht den Druck auf die Bundesregierung.

In der Zivilgesellschaft ist jedoch umstritten, ob dies ein legitimes Druckmittel ist. Viele Akteure, darunter die Gewerkschaften, ATTAC und Sozialinitiativen lehnen den Fiskalpakt ab.

Zivilgesellschaftliche Orientierung

Angesichts der komplexen aber nach wie vor aussichtsreichen Gemengelage sollte sich zivilgesellschaftlicher Druck in den kommenden Monaten auf folgende Ziele konzentrieren:

- Einführung der FTS im Rahmen der Erweiterten Zusammenarbeit,
- bei der Ausgestaltung der FTS muss eine breite Steuerbasis (Aktien, Anleihen, Derivate, Devisen), einen Steuersatz von mindestens 0,05% für alle Vermögensklassen, sowie wirksame Maßnahmen zur Steuervermeidung (kombiniertes Sitzland- und Ausgabeprinzip) erreicht werden sowie
- Druck dafür entwickelt werden, damit ein Teil der Steuereinnahmen Umwelt und Entwicklung zugute kommen.

Mehr Informationen:

[WEED-Factsheet entkräftet Kritik an FTS](#)

[ECOFIN Ratsbeschluss](#)

[WEED-online Themenseite](#)

Herausgeber: Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung, WEED e.V., Eldenaer Str. 60, 10247 Berlin

Kontaktperson: Peter Wahl, Tel.: +49-(0)30-2758-2616, peter.wahl@weed-online.org

Diese Publikation ist mit finanzieller Unterstützung der EU und der Ford Foundation herausgegeben. Die Inhalte liegen in der alleinigen Verantwortung von WEED und können nicht der EU oder der Ford Foundation zugerechnet werden.



FORDFOUNDATION

www.weed-online.org